

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Hermann Rappe MdB:
Ungereimtes der CDU zum
Thema "Lohnnivellierung".

Seite 1

Peter Paterna MdB: Der
Unions-Antrag zum Mond-
scheintarif ist eine
publizistische Seifen-
blase.

Seite 2/3

Finn Olav Gundelach,
Vizepräsident der EG-
Kommission, fordert eine
im Ganzen funktionsfähige
Gemeinschaft.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 37

22. Februar 1978

Heinrich Geißlers Eiertanz

Ungereimtes der CDU zum Thema "Lohnnivellierung"

Von Hermann Rappe MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Von seinem Vorgänger im Amt hat der CDU-Generalsekretär Geißler das Interesse für die Arbeit der Tarifvertragsparteien geerbt. Wie bei Professor Biedenkopf sind dabei immer die "bösen Gewerkschaften" gemeint. Vielleicht ist Herr Geißler irgendwann einmal doch noch beizubringen, daß unter Tarifverträgen die Unterschriften von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden stehen.

Nun wird von der CDU eine angebliche "Lohnnivellierung" thematisiert. Damit ist offenbar die Tatsache gemeint, daß in den letzten Jahren gelegentlich Sockelanhebungen in den Tarifabschlüssen enthalten waren. Es ist als bedeutsamer Erfolg der Tarifpolitik zu werten, daß es gelungen ist, die Ortsklassen abzuschaffen, ebenso wie die Frauengruppen. Die Anhebung der Ausbildungsvergütung hat weitere Nachteile beseitigt. Die Behauptung der CDU, damit sei Arbeitslosigkeit bei bestimmten Arbeitnehmergruppen produziert worden, ist absurd. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit z.B. ist eine Folge der allgemein schwierigen Arbeitsmarktsituation und der geburtenstarken Jahrgänge. Die Schuld bei den Gewerkschaften zu suchen, ist in der Gewerkschaftsfeindlichkeit der Union angelegt. Am Rande sei vermerkt, daß die Union einen höchst merkwürdigen Eiertanz vorführt: Erst wird eine angebliche Lohnnivellierung angeprangert, um schließlich festzustellen, daß sie gar nicht stattgefunden habe.

Für die Sozialdemokraten sind die Zusammenhänge und Rückwirkungen zwischen Primär- und Sekundärverteilung sozialpolitisch wichtig. Im Gegensatz zur Union werden wir jedoch mit größter Sorgfalt darauf achten, daß die im Grundgesetz angelegte Tarifautonomie nicht angetastet wird. Bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr hat der neue CDU-Generalsekretär betont, seine Arbeit stehe im Zeichen der Kontinuität - ausdrücklich auch hinsichtlich der Filzokratie-Kampagne Biedenkopfscher Prägung. Das "neue Thema" paßt sich nahtlos ein. Vor Jahr und Tag versprach Herr Geißler, die Auseinandersetzung mit dem DGB fortzuführen. Bei dieser Kontinuität im Amt kann es nicht lange dauern, bis die Idee eines Verbandesgesetzes zur Gängelung der Gewerkschaften neu aufgelegt wird.

(-/22.2.1978/ks/ca)

Publizistische Seifenblase

Anmerkungen zum CDU/CSU-Antrag zum Mondscheintarif

Von Peter Paterna MdB

Mitglied des Post- und Verkehrsausschusses des Bundestages

Die von dem Abgeordneten Straßmeir, CDU, streckenweise in polemischer Form vorgetragene Begründung des Antrags seiner Fraktion betreffs Fernmeldesonderbauprogramm und früherer Beginn des Mondscheintarifs verriet so wenig an Sachkenntnis, daß Postminister Gscheidle in die Debatte eingriff, um auch der Opposition die nötigsten Zusammenhänge zu erläutern.

Die CDU/CSU-Fraktion behauptete, daß die Investitionspolitik der Deutschen Bundespost nach 1973 an den Engpässen im Fernsprechkdienst zu bestimmten Zeiten des Mondscheintarifs schuld sei. Diese Behauptung beweist, daß sie das Problem überhaupt noch nicht erfaßt hat. Nur Hellseher hätten seinerzeit voraussagen können, in welchem Umfang das Angebot des Mondscheintarifs, der 1974 eingeführt wurde, von den Postkunden angenommen wurde. Nur Hellseher hätten damals voraussehen können, daß dieser Fernsprechverkehr zum Billigtarif eine völlig andere Struktur haben würde als der Gesprächsverkehr über Tag. Die Deutsche Bundespost mußte daher nach Einführung des Mondscheintarifs 1974 Erfahrungen sammeln. Mit Erstaunen registrierte sie, daß der Mondscheintarif von ihren Kunden 1975 und 1976 so stark und in wachsendem Umfang in Anspruch genommen wurde, daß es zu Engpässen kam und Netzerweiterungen notwendig wurden. Die Ausbauplanungen wurden umgehend aufgenommen und als erste Maßnahme im Mai 1977 der zusätzliche Bau von 5.500 Leitungen zwischen Hauptvermittlungsstellen eingeleitet. Diese Leitungen werden 1978 und 1979 geschaltet werden können. Der Bundespostminister hat nie bestritten, daß es zu Zeiten des Billigangebots zweitweilig zu Engpässen kommt. Aber er hat auch bereits Mitte 1977 - ein halbes Jahr vor dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion - die notwendigen Investitionen angekündigt und darüber hinaus deutlich gemacht, daß die Möglichkeiten geprüft werden, die Blockierungen durch Verlängerung des Mondscheintarifs auszuweiten.

Nun ist es das gute Recht jeder Opposition, mehr zu verlangen, als die Regierung geben kann. Wenn man den Vorstellungen der CDU/CSU-Fraktion folgt und den Mondscheintarif werktags auf 20 Uhr vorverlegt, würde man kaum das versprochene Fernsprechparadies auf Erden schaffen, sondern die totale Blockade sicherstellen. Man sattelt damit den

jetzigen 22-Uhr-Nachfragestoß auf einen ungleich stärkeren Sockel und hat größere Schwierigkeiten als zuvor. Verschärfend würde sich auswirken, daß sich dann auch die Kunden zurückhalten, die ihre Gespräche am frühen Abend abwickeln wollen und normalerweise vor 20 Uhr führen. Sie wollen dann auch billiger telefonieren, was nach 20 Uhr einen zusätzlichen Nachfragestoß zur Folge hätte. Dies sind ganz einfache Überlegungen, die allerdings voraussetzen, daß man sich einmal mit dem Tagesverlauf der Fernsprechverkehrskurve auseinandersetzt.

Die CDU hätte, wenn sie nach Herrn Straßmeirs Ausführungen gehandelt hätte, das Fernsprechnetzt falsch ausgebaut - ein Netz, ausgerichtet auf die Spitzenbelastungen des Tagesverkehrs, in das die Deutsche Bundespost jahrelang über das betriebswirtschaftlich notwendige Maß hinaus investierte, um ihren Teil zur Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen. Es wurden dabei so große Reserven aufgebaut, daß in den letzten Jahren netto bis zu 1,5 Millionen Hauptanschlüsse neu eingerichtet werden konnten und außerdem die sogenannte Warteliste stark abgebaut wurde.

Hätte Herr Straßmeir mit seinen Ausführungen über Sonderbauprogramme einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion über das Fernsprechwesen der Deutschen Bundespost leisten wollen - und die Tausende von Mitarbeitern dieses Unternehmens, die Tag für Tag sein reibungsloses Funktionieren sicherstellen, hätten diese kleine Mühe verdient gehabt - dann hätte er sich wohl die Zeit genommen, um sich von den CDU-Mitgliedern des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost über die Aufstellung des Haushaltsvoranschlages unterrichten zu lassen. Es hat noch keinen Voranschlag der Deutschen Bundespost gegeben, aus dem die Finanzierung von Sonderprogrammen ohne weiteres abzulesen gewesen wäre. Für Herrn Straßmeir jedoch ist Polemik Trumpf - nun ja, hätte er sich auf sachliche Argumentation beschränken wollen, seine Rede wäre nicht gehalten worden. Der Postminister bleibt deshalb bei den angekündigten, fachlich fundierten Maßnahmen und Vorschlägen:

- 1/ Zur Entlastung des Fernsprechnetzes zu Zeiten des Mondscheintarifs werden in den Jahren 1978 bis 1982 Investitionen von rund 1,4 Milliarden DM zusätzlich vorgenommen.
- 2/ Der Nachttarif I wird bedarfsgerecht in den Fernverbindungen verbilligt (Verlängerung der Sprechdauer je Gesprächseinheit:
Zone III von 22,5 auf 30 sec,
Zone IV von 18 auf 22,5 sec,
ab 1. Juli 1978).
- 3/ Der Nachttarif II wird an Samstagen sowie dem 24. und 31. Dezember auf 14 Uhr vorgezogen (ab 1. Juli 1978).
(-/22.2.1978/ks/ca)

+ + +

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Wir brauchen eine im Ganzen funktionierende Gemeinschaft

Von Finn Olav Gundelach

Vizepräsident der EG-Kommission

Europa hat sehr wenig Rohstoffe, und das Nordseeöl ändert nicht viel an dieser Tatsache. Unser ganzes wirtschaftliches und soziales System, und deshalb die Grundlagen unserer Demokratie, beruhen auf unserem wichtigstem Rohstoff: dem Menschen, das heißt seiner Fähigkeit, Rohstoffe und Halbfabrikate in immer bessere Endprodukte zu verwandeln. Diese Fähigkeit kann sich nur entwickeln und nur ausgenutzt werden im Rahmen eines freien Handels.

Dieser wird unter Druck, der mit der Wirtschaftskrise verbundenen sozialen Probleme, immer mehr in Frage gestellt. Protektionismus kann uns aber nicht vor Arbeitslosigkeit oder anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten schützen. Im Gegenteil, am Ende würden wir alle dabei verlieren. Natürlich müssen wir auf Fairneß sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft bestehen.

Die Gemeinschaft vergrößert ständig ihre Importe, zum Beispiel aus den Vereinigten Staaten, während unsere Exporte abnehmen. Wir suchen nicht in jedem Sektor volles Gleichgewicht, sondern ein besseres globales Gleichgewicht, ein Fair-Deal. Diese Fairneß streben wir an und wollen die wirtschaftlichen Vorteile des freien Handels aufrechterhalten. Zuerst natürlich innerhalb der Gemeinschaft, aber auch zwischen der Gemeinschaft und anderen Ländern. Dies ist nicht etwa Prinzipienreiterei, sondern die Anerkennung der Tatsache, daß die internationale Arbeitsverteilung der beste Garant für die optimale Einsetzung unserer wirtschaftlichen Ressourcen ist.

Neben dem freien Welthandel gehört die strukturelle Wandlung zu den aktuellen Problemen. Dies führt zu einem weiteren Element der Politik, das heißt zum notwendigen

Angriff auf die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte in wichtigen Regionen der Gemeinschaft, wie zum Beispiel dem Süden Italiens, dem Westen Irlands und vergleichbare Gebiete. Diese Probleme kennen wir schon seit langem, und es muß zur Erreichung einer größeren Kohärenz innerhalb der Gemeinschaft, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, beseitigt werden. Vergessen wir nicht, daß diese Regionen wichtige Importeure von Industrieprodukten aus dem sogenannten Norden der Gemeinschaft sind. Die Lösung des Problems drängt sich um so mehr auf, als drei Mittelmeerländer ihren Antrag zur Mitgliedschaft der Gemeinschaft gestellt haben.

Die ärmeren Regionen brauchen nicht nur finanzielle Unterstützung, wir sollten auch mehr "know how" und Menschen zur Verfügung stellen. Landwirtschaftliche und regionale Maßnahmen müssen hier Hand in Hand arbeiten. Wir können und wollen es uns nicht leisten, daß ganze Gebiete im Schatten der Entwicklung stehen und einen Abbau ihres sozialen Standards erleben. Wir brauchen eine im Ganzen funktionsfähige Gemeinschaft. Aber wir können die aktuellen Probleme nicht auf Kosten der Zukunft dadurch lösen, daß wir neue Überschüsse schaffen oder unsere Zuflucht zum politisch gefährlichen Protektionismus nehmen.

Viele der Probleme, mit denen wir fertig werden müssen, haben ihre Wurzel in der allgemeinen Wirtschaftskrise: niedrige Wachstumsraten, hohe Arbeitslosenzahlen, hohe Inflationsraten, Divergenz zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Welt andererseits, die fortwährend zu starken Währungsunruhen führen. Diese Probleme können wir nur durch ein kohärentes, viel ausgeprägteres Gemeinschaftsauftreten überwinden. Deshalb brauchen wir die Wirtschafts- und Währungsunion. Dies mag ambitiös erscheinen, aber im Grunde geht es um das Überleben der wirtschaftlichen und sozialen Grundregeln, zu denen wir Europäer uns bekennen.

(-/22.2.1978/ks/ja)

+ + +